

# Recht auf ein faires Verfahren und substanzielle Hauptverhandlung: Defizite und Fortschritte im chinesischen Recht

Von Prof. Dr. Changyong Sun, Chongqing\*

## I. Der Status des fair trial im chinesischen Recht

1. Das Recht auf ein faires Verfahren wird in Art. 14 IBPR von der internationalen Gemeinschaft als Grundrecht des Beschuldigten anerkannt und durch eine Liste der wichtigsten einzelnen Ausprägungen illustriert. Art. 6 der EMRK, Art. 7 der Afrikanischen Charta der Menschenrechte, Art. 8 der Interamerikanischen Menschenrechtskonvention und Art. 67 des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs enthalten entsprechende Garantien. Art. 40 des Übereinkommens über die Rechte des Kindes setzt die Aufzählung von Mindestverfahrensgarantien für Beschuldigte unter 18 Jahren fort.

2. Die chinesische Regierung hat am 5.10.1998 den IBPR unterzeichnet, aber der Nationale Volkskongress hat den Pakt noch nicht ratifiziert. Allerdings sind das Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe und das Übereinkommen über die Rechte des Kindes für China am 3.11.1988 und am 2.4.1992 in Kraft getreten. Diese Schutzmaßnahmen für das faire Verfahren sind also auch in China rechtswirksam.

3. Chinas gegenwärtige Verfassung von 1982 garantiert in Kapitel II („Die Grundrechte und Pflichten der Bürger“) zahlreiche Rechte der Bürger wie persönliche Freiheit, Menschenwürde, Freizügigkeit, Freiheit der Kommunikation und Schutz des Kommunikationsgeheimnisses, enthält aber keine Bestimmungen über das faire Verfahren. Nur Abschnitt 7 („Volksgerichtshof und Volksstaatsanwaltschaft“) des Kapitels III („Nationale Institutionen“) setzt das Prinzip der öffentlichen Verhandlung des Rechts auf Verteidigung vor dem Gerichtshof und der Staatsanwaltschaft voraus. Daher hat das Recht auf ein faires Verfahren als solches keinen verfassungsrechtlichen Status im chinesischen Recht, außerdem kann die chinesische Verfassung in der Strafverhandlung nicht direkt angewendet werden.

4. Dennoch existiert der Begriff „fares Verfahren“ seit 1979 im chinesischen Strafprozessrecht in Gestalt von zwei (im Jahr 2012 geänderten) Artikeln, in denen dieser Begriff erwähnt wird: 1. Art. 227 der chinesischen Strafprozessordnung regelt, dass das erstinstanzliche Urteil zurückgezogen und dem Volksgericht für eine Wiederaufnahme zurückgegeben werden soll, „wenn die zweite Instanz des Volksgerichts festgestellt hat, dass die erste Instanz des Volksgerichts folgende Rechtsverletzungen begangen hat: a) Verletzung der Bestimmungen dieses Gesetzes über die Öffentlichkeit; b) Verletzung der Vorschriften über die Richterablehnung wegen Befangenheit; c) Entzug oder Beschränkung der Rechte der Beteiligten, die ein faires Verfahren beeinträchtigen können; d) die Gerichtsbesetzung ist nicht rechtmäßig; (e) ein anderer Verfahrensverstöß, der ein faires Verfahren beeinträchtigt.“

2. Art. 242 der chinesischen Strafprozessordnung regelt, dass das Gericht den Fall wieder aufnimmt, wenn das Rechtsmittel eines Prozessbeteiligten auf folgende Gründe gestützt wird: „a) Es gibt neue Beweise dafür, dass das Urteil und die Tatsachen falsch sind und die Verurteilung darauf beruhen kann; (b) Beweismittel, auf denen die Verurteilung beruht, sind unwahr, unzureichend oder gesetzlich ausgeschlossen, oder es erweist sich, dass die wesentlichen Beweise für den Fall widersprüchlich sind; (c) das Urteil und das Recht, auf dem die Verurteilung beruht, sind falsch; (d) eine Verletzung des Verfahrensrechts kann das faire Verfahren beeinträchtigen; (e) es kommt während des Verfahrens zu Korruption, Bestechung und Bevorzugung seitens der Strafverfolgungsinstanzen.“

5. Nach diesen Bestimmungen ist ein faires Verfahren nicht ein allgemeines Recht, das der Staatsanwalt zu beachten hat, sondern eine Pflicht, die das Gericht bei der Prüfung des Falles wahrnehmen muss. Nach der Rechtsprechung kann das Gericht der zweiten Instanz deshalb das ursprüngliche Urteil unabhängig von der Richtigkeit des Entscheidungsergebnisses wegen rechtswidriger Handlung der ersten Instanz aufheben und die Sache zurückverweisen. Im Rechtsmittelverfahren sollte der Beschwerdeführer jedoch nicht nur die Besonderheiten des Verfahrensfehlers darlegen, sondern auch, dass das Urteil darauf beruht, dann wird das Gericht wahrscheinlich die Wiederaufnahme anordnen.

## II. Die Reform der substanziellen Hauptverhandlung und die Fortschritte bei der Gewährleistung eines fairen Verfahrens

1. Um Ungerechtigkeiten zu verhindern, hat der Oberste Gerichtshof Chinas im Oktober 2013 auf der 6. Nationalen Konferenz über die Strafverfolgung vorgeschlagen, dass „die Beurteilung eines Falles sich auf die Gerichtsverhandlung konzentrieren sollte“. Im Oktober 2014 forderte der von der 4. Plenarsitzung des XVIII. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas verabschiedete Beschluss „Fortschritte bei der hauptverhandlungszentrierten Verfahrensreform“, nämlich „dass die Hauptverhandlung vor dem Gericht eine entscheidende Rolle bei der Beweisaufnahme und der Tatsachenfeststellung, dem Schutz der Rechte des Angeklagten und eines fairen Verfahrens spielt“. Entsprechend diesen Anforderungen besteht die wichtigste Reformaufgabe im Strafprozess für Gerichte auf allen Ebenen darin, die bisherige langjährige Rolle der Hauptverhandlung als einer bloßen Formalität zu ändern und sich zu bemühen, die Hauptverhandlung „substanziell“ zu machen und dadurch die Gerechtigkeit zu fördern. Im Februar 2015 verlautbarte der Oberste Gerichtshof von China „Standpunkte über die umfassende Vertiefung der Reform der Volksgerichte“ und beschrieb darin vier spezifische Anforderungen namens „Vier vor Gericht“ (die Tatsachen vor Gericht festzustellen, die Beweise vor Gericht zu erheben und das Kreuzverhör durchzuführen, die Anklage vor Gericht zu erheben und die Urteilsgründe

---

\* Universität für Politikwissenschaft und Recht Südwestchinas (SWUPL), Direktor des Instituts für Prozessrecht sowie der Justizreform der SWUPL, Vizepräsident der Chinesischen Akademie des Strafprozessrechts.

vor Gericht zu finden). Anschließend wurden Pilotprojekte der „substantiellen Hauptverhandlung“ in den Gerichten von Chengdu in der Provinz Sichuan, Wenzhou in der Provinz Zhejiang und an anderen Orten durchgeführt.

2. Entsprechend den Anforderungen der „Zentralen Arbeitsgruppe zur Vertiefung der Reform und des Fortschritts der lokalen Pilotreformen“ hat China in den letzten Jahren positive Fortschritte gemacht, um die Hauptverhandlung „substantiell“ zu machen, vor allem in folgenden Bereichen:

a) In Übereinstimmung mit dem Prinzip des konzentrierten Verfahrens wurde das Verfahren zur Vorbereitung der Hauptverhandlung angereichert. In Art. 182 Abs. 2 der chinesischen Strafprozessordnung von 2012 heißt es: „Vor der Verhandlung kann der Richter den Staatsanwalt, die Beteiligten und die Verteidiger und den Anwalt weiterer Betroffener laden, um Probleme in Bezug auf die Richterablehnung, die zu vernehmenden Zeugen sowie den Ausschluss illegaler Beweise erörtern.“ Mit dem Fortschritt der „substantiellen Hauptverhandlung“ entwickelte sich diese „VorgERICHTSSITZUNG“ allmählich zu einem eigenen Vorbereitungsverfahren. Wenn die Beteiligten über Verfahrensfragen streiten, sollten diese so weit wie möglich in diesem Verfahren erledigt werden. Wenn beide Parteien über die Fakten, Beweise und rechtliche Fragen streiten, sollten auch diese Probleme nach Möglichkeit in diesem Verfahren geklärt werden, damit sich die Hauptverhandlung auf die definitiv umstrittenen Fragen konzentrieren und dadurch deren Effizienz verbessert werden kann.

b) Ferner sind Bestimmungen über den Ausschluss rechtswidriger Beweise erlassen worden, in denen die Kriterien und das Verfahren für deren Ausschluss festgelegt werden. Chinas Strafprozessgesetz von 2012 legt nur den Grundsatz des Ausschlusses von rechtswidrigen Beweisen fest. Deshalb bilden der Umfang der illegalen Beweise und das Verfahren zu deren Ausschluss im konkreten Fall oft eine der größten Streitigkeiten. Während der Verfahrensreform haben verschiedene Gerichtsentscheidungen die einschlägigen Normen und Verfahren im Einklang mit der Auslegung des Obersten Gerichtshofs weiter geklärt, womit eine wichtige Garantie für die wirksame Beilegung von Streitigkeiten und die reibungslose Anhörung der Beteiligten geschaffen wurde. Auf der Grundlage der Zusammenfassung dieser Erfahrungen mit konkreten Fällen haben im Juni 2017 der Oberste Gerichtshof von China, die Oberste Staatsanwaltschaft, das Ministerium für Öffentliche Sicherheit, das Ministerium für Nationale Sicherheit und das Justizministerium („zwei Häuser und drei Ministerien“) gemeinsam „Regeln für den strikten Ausschluss der rechtswidrigen Beweise in Strafverfahren“ erlassen („Regeln für den strikten Ausschluss illegaler Beweise“). Die Regeln haben den Umfang des Ausschlusses von rechtswidrigen Beweisen erweitert und den Gegenstand und das Verfahren des Ausschlusses und den Schutz der Rechte der Beteiligten festgelegt.

c) Nach dem Prinzip der Mündlichkeit soll das Beweisverfahren verbessert werden, indem die Wahrscheinlichkeit der Vernehmung von Zeugen, Sachverständigen und Ermittlungspersonen in der Hauptverhandlung erhöht werden soll. Das größte Problem in dem traditionellen Strafverfahren in

China besteht darin, dass Zeugen und Gutachter oft nicht vor Gericht erscheinen und das Gericht sein Urteil in der Regel auf der Grundlage des Beweismaterials der Staatsanwaltschaft fällt. Auf Grund der anhaltenden Kritik der Strafprozessrechtswissenschaft sieht das Strafprozessrecht von China nunmehr vor, dass die Schlüsselzeugen vor Gericht erscheinen müssen und das Gericht auch die Befugnis besitzt, diese Pflicht durchzusetzen. Im Rahmen des Pilotprojekts haben die örtlichen Gerichte zwei Ziele an die erste Stelle gesetzt: die Sicherstellung der Vernehmung der wichtigen Zeugen vor Gericht und die Verbesserung des Beweisverfahrens. Zum Beispiel hat der Mittlere Volksgerichtshof von Chengdu von Februar 2015 bis August 2016 210 Strafsachen öffentlich verhandelt, wobei in 150 Fällen Zeugen vor Gericht vernommen wurden, 71,43 % der Gesamtsumme.<sup>1</sup> Seit 2015 haben die Gerichte in Wenzhou (Zhejiang Provinz) 580 Strafsachen mit 1.073 Zeugen erledigt und dabei in 401 Fällen 652 Zeugen in der Hauptverhandlung vernommen (also 60,8 %),<sup>2</sup> was eine signifikante Erhöhung der Anwesenheitsrate im Vergleich zu früher bedeutet.

d) Entsprechend dem Prinzip der wirksamen Verteidigung wurden die Rechte des Beschuldigten und des Verteidigers weiter gestärkt. Im Einzelnen gibt es drei Punkte: Erstens wurde der Umfang der Rechtshilfe in einigen Punkten erweitert, etwa in Fällen, in denen eine Freiheitsstrafe über drei Jahre droht. Zweitens treten Rechtsanwältinnen, ohne als Verteidiger bestellt zu sein, immer häufiger in Strafverfahren auf, um den (unverteidigten) Angeklagten beim Ausschluss rechtswidriger Beweismittel, Beantragung der Freilassung gegen Kautions- und Ablegung eines Geständnisses kostenlos zu beraten. Drittens werden die Rechte des Angeklagten auf Besuch in der Untersuchungshaft, Akteneinsicht, Untersuchung der Beweise und deren Anfechtung vor Gericht sowie auf Gehör vor Gericht besser geschützt.

e) Auch die Mitwirkung von Laienrichtern in der Strafjustiz und deren verschiedene Verfahrensmodelle finden nunmehr Aufmerksamkeit.

aa) Ende April 2015 begannen der Oberste Gerichtshof von China und das Justizministerium im Einklang mit dem Mandat des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses mit dem Pilotprojekt, in 50 Gerichten in zehn Provinzen und Städten im ganzen Land das Schöffengerichtssystem zu installieren.<sup>3</sup> Danach sollen erstmals Strafsachen,

---

<sup>1</sup> Guo Yan, Rationalität, Praxis, Regeln der materiellen Reform in Chengdu, People's Court Press vom Dezember 2016, S. 139.

<sup>2</sup> Bericht von Xu Yanong, Vertreter des Präsidenten des Mittleren Volksgerichts von Wenzhou, bei der 1. Sitzung der 13. Tagung des Volkskongresses im April 1917 in Wenzhou Stadt, S. 8, abrufbar unter [www.wzrd.gov.cn/art/2017/5/10\\_1304919\\_7041637.html](http://www.wzrd.gov.cn/art/2017/5/10_1304919_7041637.html).

<sup>3</sup> Anm. Bernd Schünemann: Die ursprüngliche Übersetzung spricht vom „Jurysystem“, doch geht es nicht um die Einführung der US-amerikanischen Jury in China, sondern um die Einbindung von Laienrichtern in die Entscheidungsfindung eines Kollegialgerichts und also um ein Schöffengericht im deutschen Sinn.

in denen mehr als zehn Jahre Gefängnis oder lebenslange Haft drohen, grundsätzlich vor einem Schöffengericht verhandelt werden. Ferner kann der Angeklagte eines erstinstanzlichen Strafverfahrens die Entscheidung durch ein Kollegialgericht mit Laienbeisitzern beantragen. Das Pilotprogramm plant, „einen Mechanismus zu erforschen, dass die bedeutenden Fälle in einem Kollegialgericht mit mehr als drei Schöffen zu verhandeln sind“ und dass die Beteiligung der Schöffen intensiviert werden soll.

bb) In dem Halbzeitbericht des Obersten Gerichtshofs über das Pilotprogramm sind „vier Änderungen“ vorgestellt worden: 1. Die Methode der Schöffenauswahl ändert sich von der Empfehlung durch die Justizverwaltung zur Auslosung. 2. Die Rolle der Schöffen wechselt von der vollen Teilnahme auf die Tatsachenfeststellungen. 3. Die Anzahl der Laienrichter in einem Kollegialgericht erhöht sich von drei auf fünf. 4. Das Schöffengericht konzentriert sich mehr auf die Qualität statt auf die Menge der Fälle.

cc) Die Teilnahmequote der Laienrichter in der ersten Instanz in Strafsachen an den Pilotgerichten wurde zunehmend erhöht, teilweise sogar bis zu über 90 %. Gleichzeitig haben die örtlichen Gerichte auch eine Vielzahl unterschiedlicher Modelle der Gerichtsbesetzung geschaffen, zum Beispiel drei + vier, drei + sechs etc. Obwohl es im Pilotprogramm noch einige schwierige Probleme gibt, ist es zweifellos richtig, die „substanzielle“ Hauptverhandlung und die Gerechtigkeit zu fördern, indem die Beteiligung der Bevölkerung verstärkt wird. Im April 2017 ermächtigte der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses die Verlängerung des Pilotprojekts um ein Jahr, um die Erfahrungen besser zusammenzufassen und eine solide Grundlage für die Verbesserung der einschlägigen Gesetze zu schaffen.

f) Durch den Grundsatz der Öffentlichkeit der Hauptverhandlung soll die Begründung und Akzeptanz des Urteils verbessert werden. Die im Juni 2017 erlassenen „Bestimmungen des strengen Ausschlusses rechtswidriger Beweise“ verlangen weiter, dass „das Gericht, nachdem es die Rechtmäßigkeit der gesammelten Beweise erforscht hat, zu entscheiden hat, ob der Beweis ausgeschlossen werden soll oder nicht.“ Das Volksgericht soll im Urteil seine Feststellungen zur Rechtmäßigkeit der Beweise und die Gründe dafür angeben.

g) Entgegen dem Prinzip der Unschuldsvermutung ist es in einigen Strafsachen zu einer Verurteilung mangels Nachweises der Unschuld gekommen. Seit 2013 haben die Gerichte in China 34 derartige Fälle grober Ungerechtigkeit korrigiert und die Gerechtigkeit wiederhergestellt. Im Jahr 2016 kam es in 656 Fällen von staatsanwaltschaftlichen Anklagen und 420 Fällen von Privatklagen zu einem Freispruch, ungefähr 0,144 % der Gesamtzahl der Angeklagten in diesem Jahr, was die höchste Freispruchsrate in den letzten Jahren bedeutet. In jüngster Zeit steht die Gefahr von Fehlurteilen und deren Korrektur an Hand spektakulärer Fälle wie dem Vergewaltigungs- und Mordfall von Nie Shubin, der in 1. Instanz mit einer Verurteilung und in 2. Instanz unter Beachtung des in dubio pro reo-Grundsatzes mit einem Freispruch endete, im Zentrum der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit.

h) Um das Modell der „substanziellen“ Hauptverhandlung weiter zu fördern, führten die chinesischen Gerichte eine Reihe von unterstützenden Reformmaßnahmen durch, zum Beispiel:

aa) Erstens die Reform des Mechanismus von Verhandlungs- und Entscheidungsgewalt, um die Entscheidungsgewalt des unabhängigen Richters besser zu schützen. Im November 2013 wurde auf der 3. Plenarsitzung des XVIII. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas beschlossen: „Das System der Rechtsprechungsausschüsse soll reformiert, die Verantwortung des Hauptverhandlungsrichters (Einzelrichter oder Kollegialgericht) vervollkommen werden. Der Richter, der das Urteil fällt, trägt dafür auch die Verantwortung.“<sup>4</sup> Im Oktober 2014 hat die 4. Plenarsitzung des XVIII. Zentralkomitees weiter darauf hingewiesen: „Die Verteilung der Verantwortung zwischen dem Richter, dem Kollegialgericht, dem Oberstaatsanwalt und den Ermittlungsbeamten soll verbessert werden. Wer den Fall verhandelt, soll die Verantwortung übernehmen. Ein System lebenslanger Verantwortung für die Qualität der Fallbehandlung und für Fehlurteile soll umgesetzt werden, um sicherzustellen, dass die Behandlung des Falles den Anforderungen des Gesetzes und der Zeit standhalten kann.“ Die Umsetzung dieses Rechenschaftssystems reduziert erheblich die Anzahl der Fälle, die von dem Rechtsprechungsausschuss diskutiert werden, auch die Genehmigung des Gerichtspräsidenten ist nicht mehr erforderlich. Der Hauptverhandlungsrichter bzw. das Kollegialgericht werden die eigentliche Einheit, die einen Fall verhandelt und entscheidet, womit eine wichtige Grundlage für ein faires Verfahren geschaffen wird.

bb) Zweitens die Förderung der organischen Integration der modernen Technologie in das gerichtliche Verfahren, um dem Richter die technische Unterstützung für ein faires Verfahren zu geben. Speichermedien und Analyseinstrumente für große Datenmengen, künstliche Intelligenz und andere wissenschaftliche Mittel werden in Gerichten in Shanghai, Guizhou, Jiangsu und anderen Orten verwendet, um ein Assistenzsystem für die Beweisführung und Fallbehandlung zu entwickeln, das den Ermittlungsbehörden bei der ersten Aus-

---

<sup>4</sup> Anm. *Chang Liu*: Diese Forderung hat folgenden Hintergrund: Gemäß § 11 des geltenden Gerichtsorganisationsgesetzes der Volksrepublik China wird an jedem Gericht ein Rechtsprechungsausschuss gebildet, der dafür zuständig ist, „Erfahrungen mit der Rechtsprechung zusammenzutragen, bedeutende oder schwierige Fälle und andere auf die Rechtsprechung bezogene Probleme zu beraten“ (siehe *Ahl*, Die Anwendung völkerrechtlicher Verträge in China, 2009, S. 305). Seit langem wird bemängelt, dass der Rechtsprechungsausschuss sich nicht auf die im Gesetz vorgeschriebenen Aufgaben beschränkt, sondern in der Tat einen Spruchkörper darstellt, der lediglich aufgrund der Akten die Entscheidung trifft, die später durch den Mund des einzelnen Richters (oder der Kammer) im Hauptverfahren lediglich verkündet wird. Und die Fälle, die durch den Rechtsprechungsausschuss erledigt werden, beschränken sich in der Rechtspraxis auch nicht einmal auf diejenigen, die bedeutend oder schwierig sind.

siebung des Beweismaterials helfen kann, eine grundlegende Überprüfung und ein vollständiges Urteil über die Integrität der Beweise und etwaige innere Widersprüche ermöglicht sowie Verweise auf alle die Verurteilung potentiell beeinflussenden Tatsachen und frühere Fälle mit ähnlichen Situationen liefert. Dies alles erhöht die Fähigkeit und das Vertrauen des Richters in die genaue Identifizierung der für die Verurteilung relevanten Tatsachen und verbessert die Fairness des Verfahrens wie auch die Akzeptanz des Urteils.

cc) Drittens die Diversifizierung von Strafsachen, um günstige Voraussetzungen für die „substantielle“ Hauptverhandlung zu schaffen. Chinas Strafprozessrecht von 2012 sieht zwei verschiedene Verfahrensarten vor: das einfache und das ordentliche Verfahren. Wenn der Angeklagte sich schuldig bekennt, findet grundsätzlich ein summarisches Verfahren vor dem Einzelrichter statt. In der Praxis machen diese Fälle mehr als 70 % aus, an einigen Orten sogar mehr als 80 %. Um diese Diversifizierung zu fördern und den reibungslosen Fortschritt der materiellen Prozessreform zu gewährleisten, hat das Ständige Komitee des Nationalen Volkskongresses im Juni 2014 und im September 2016 achtzehn Städte im Lande ermächtigt, in einer Testphase „Strafverfahren mit vereinfachtem Urteil“ zu praktizieren. Wenn der Angeklagte wahrheitsgemäß die Tatsachen des Verbrechens bekennt und keine Einwände gegen die Strafverfolgung hat, kann der Abschnitt der Beweiserhebung und Plädoyers vor Gericht übersprungen werden. Nachdem der Richter bestätigt gefunden hat, dass das Bekenntnis des Angeklagten freiwillig, authentisch und legitim ist und er die endgültige Stellungnahme des Angeklagten gehört hat, kann er den Schuldspruch fällen. Gegenwärtig findet dieses Pilotprojekt vor allem vor den erstinstanzlichen Gerichten statt, aber die reale Situation variiert von Ort zu Ort. Nach meinen von Januar bis April 2017 durchgeführten Erhebungen schloss ein Bezirksgericht in Chongqing insgesamt 586 Strafsachen ab, von denen 458 mit einem „vereinfachten Urteil“ (354 beschleunigte Verfahren, 86 einfache Verfahren und 18 ordentliche Verfahren) abgeschlossen wurden (78,16 % der Gesamtsumme). Die durchschnittliche Verfahrensdauer für vereinfachte Verfahren beträgt 7,4 Tage, die Zeit vor Gericht 3-5 Minuten; für das ordentliche Verfahren 14,6 Tage, die Zeit vor Gericht 20-30 Minuten. Ein Bezirksgericht in Shenzhen erweiterte die Anwendung des beschleunigten Verfahrens auf Fälle, die mit Gefängnis bis zu fünf Jahren bedroht sind. Seit Juni 2016 machten die Fälle des beschleunigten Verfahrens im selben Zeitraum 90 % des Gesamtaufkommens aus. Die durchschnittliche Zeit vor Gericht war ungefähr die gleiche wie im Bezirksgericht von Chongqing.

### III. Grenzen der substantiellen Hauptverhandlung und Defizite der Gewährleistung gerechter Verhandlungen und Entscheidungen

1. Wegen der Beschränkungen der traditionellen Rolle des Gerichts, des etablierten Justizsystems und der einschränkenden sozialen Bedingungen wird die chinesische Strafprozessreform, die die Aushöhlung der Hauptverhandlung revidieren soll, wahrscheinlich nicht sehr weit gehen. In der gegenwärtigen Situation hat das Pilotprojekt in einigen Bezirken, in

denen die Wirtschaft prosperiert, die Qualität der Richter höher ist und die Umstellung der Justizorganisation reibungslos funktioniert, einige offensichtliche positive Ergebnisse „produziert“. Aber in den meisten Bereichen Chinas ist der Ablauf der ordentlichen Verfahren grundsätzlich derselbe wie vorher. Die Gerichtsverhandlung besteht nach wie vor weitgehend in der Bestätigung der Ergebnisse der vorangegangenen Untersuchung.

2. Verglichen mit dem in den internationalen Konventionen festgelegten Mindeststandard für ein faires Verfahren gibt es in China noch große Lücken im Bereich des Strafverfahrens, vor allem Folgende:

a) Die Prinzipien der Unmittelbarkeit und Mündlichkeit sind noch nicht durchgehend verwirklicht. Die Rate der in der Hauptverhandlung von Zeugen, Sachverständigen, Opfern und Ermittlungspersonen erstatteten Aussagen ist immer noch sehr niedrig. Das Recht des Angeklagten, die Beweismittel vor Gericht zu prüfen, ist noch nicht vollständig geschützt.

b) Die Teilnehmerate eines Verteidigers war in den Verfahren vor erstinstanzlichen Gerichten niedrig, die Schwelle für kostenlose Prozesshilfe war hoch. Nur wenige Angeklagte erhielten die Hilfe eines Verteidigers. „Anwälte vom Dienst“<sup>5</sup> können nicht als Verteidiger handeln, genießen nicht die gesetzlichen Rechte des Angeklagten und haben deshalb nur eine sehr begrenzte Rolle.

c) Der Umfang des Ausschlusses von rechtswidrigen Beweisen und die maßgebliche Auslegung des Gesetzes sind äußerst restriktiv. Wenn die Verteidigung auf den Ausschluss von rechtswidrigen Beweisen abzielt, ist es schwierig, diese näher zu untersuchen, sie als illegal zu identifizieren und ihren Ausschluss zu erreichen.

d) Das Gesetz und die gerichtlichen Auslegungen über die Beweisaufnahme vor Gericht stehen noch nicht in vollem Einklang mit den Anforderungen eines fairen Verfahrens. Zum Beispiel hat der Staatsanwalt, auch wenn sich der Beschuldigte nicht schuldig bekennt, die Befugnis, ihn zu Beginn der Ermittlungen zu verhören, und behandelt ihn in der Praxis tatsächlich als den ersten Zeugen der Staatsanwaltschaft. Obwohl das Strafprozessgesetz von 2012 eindeutig festlegt, dass „niemand gezwungen ist, sich selbst zu belasten“, wird der Angeklagte, der in der Vernehmung durch den Staatsanwalt die Aussage verweigert hat, im Falle einer späteren Verurteilung besonders streng bestraft.

e) In einigen großen und komplexen Fällen müssen grundsätzliche prozessuale Fragen wie der Ausschluss illegaler Beweise immer noch nicht vom erkennenden Gericht, sondern vom Rechtsprechungsausschuss beraten und entschieden und in einigen Fällen sogar dem oberen Gericht

---

<sup>5</sup> Anm. *Chang Liu*: Der „Anwalt vom Dienst“ ist Mitarbeiter einer Legal-Aid-Organisation, die der Justizverwaltung untergeordnet ist. Solche Anwälte werden bei dem Gericht sowie der Justizvollzugsanstalt eingestellt, um den Häftlingen oder den Angeklagten erste Hilfe im rechtlichen Sinne anzubieten, und zwar in Form der Rechtsberatung usw., wenn sie keinen Verteidiger haben. Sie sind aber nicht Verteidiger und haben keine entsprechende Rechte sowie Pflichten.

oder anderen Beamten zur endgültige Entscheidung vorgelegt werden. Das Kollegialgericht, das die Hauptverhandlung durchführt, hat insoweit keine unabhängige Macht, seine Entscheidung zu treffen.

3. Ob die Reform der substanziellen Hauptverhandlung das gewünschte Ziel des fairen Prozesses auf lange Sicht erreichen kann, wird letztlich davon abhängen, ob das Gericht und die einzelnen Richter die fällige Unabhängigkeit vollkommen erhalten können.

#### **IV. Zusammenfassung: die Reform des substantiellen Strafverfahrens in China und die Verwirklichung des fairen Verfahrens**

Es handelt sich um eine Reformaufgabe, die von der 4. Plenarsitzung des XVIII. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas gestellt wurde, um die Reform des Verfahrens, das sich auf die Hauptverhandlung konzentriert, zu fördern und dafür zu sorgen, dass die Hauptverhandlung eine entscheidende Rolle bei der Feststellung der Tatsachen, der Anerkennung der Beweise, dem Schutz der Verfahrensrechte und der Gewährleistung eines fairen Urteils spielt. Um diese Aufgabe zu erfüllen, haben im August 2016 „Zwei Häuser und drei Ministerien“ gemeinsam die „Stellungnahme zur Förderung der Reform des auf die Hauptverhandlung konzentrierten Strafverfahrenssystems“ erlassen. Ihr Kerninhalt ist die Förderung der substanziellen Hauptverhandlung. Außer den schon genannten einzelnen Garantien soll auch die Hauptverhandlungskommunikation verbessert werden, damit die Meinungen beider Parteien gehört werden. Das Urteil sollte auf festen Beweisen beruhen, widrigenfalls kann der Angeklagte nicht schuldig befunden, sondern muss nach dem Grundsatz der Unschuldsvermutung freigesprochen werden. Die Beachtung der Rechte der Parteien, Verteidiger und anderer Teilnehmer soll sichergestellt werden. Entsprechend den Erfahrungen in den Pilotprojekten hat der Oberste Gerichtshof im Juni 2017 drei Betriebsregeln für die Sitzung zur Vorbereitung der Hauptverhandlung, den Ausschluss illegaler Beweise und die Erhebung der Beweise formuliert und 17 mittlere Gerichte in Hebei Langfang, Shanxi Taiyuan und an anderen Orten ausgewählt, die wiederum ein bis zwei untere Gerichte auswählten, um ein internes Pilotprojekt für einen Zeitraum von drei Monaten durchzuführen. Nach dessen Abschluss werden die drei Verfahren öffentlich als Norm für die strafrechtliche Fallbehandlung der Gerichte staatsweit freigegeben. Obwohl es in den Pilotverfahren noch Schwierigkeiten gibt und die Entwicklung der Reform der substanziellen Hauptverhandlung an verschiedenen Orten nicht gleichmäßig verläuft, gibt es Grund zu der Annahme, dass diese auf ein faires Verfahren abzielende Reform ein „Muss“ ist. Die technologische Verbesserung der Verfahrensregeln und der Beweisregeln werden voraussichtlich schrittweise den Fortschritt des Justizsystems weiter fördern. Durch die gemeinsamen Anstrengungen der Rechtsabteilungen in der Staatsorganisation, der Rechtsgemeinschaft, der Gerichte und anderer relevanter Akteure wird sich die Strafjustiz Chinas den Mindeststandards eines international anerkannten fairen Verfahrens annähern und sie schließlich erreichen.